

Blockiert Niedersachsen Verkehrsentlastung für Strom?

Droht eine Kraftprobe zwischen den rot-grünen Landesregierungen in Niedersachsen und Bremen? Hannover hat für den Bundesverkehrswegeplan eine Linienführung für die neue B212 angemeldet, die Delmenhorst entlasten und die Stromer Landstraße belasten würde. Der Beirat Strom forderte vom Bremer Verkehrssenator Joachim Lohse deshalb Aufklärung und Gespräche mit den Niedersachsen.

VON RAINER KABBERT

Strom. Der Beirat Strom ist beim Thema Neubau der B212 alarmiert. Von Bremens Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) wird Aufklärung über mögliche Änderungen im Bundesverkehrswegeplan gefordert. Die niedersächsische Landesregierung hatte bereits im Sommer für die B212 eine neue Variante ins Spiel gebracht und will den Verkehrsknoten 3 in Sandhausen

nicht mehr im Bundesverkehrswegeplan sehen. Der ist für den Bereich Stromer Landstraße und die Delmenhorster Stedinger Landstraße (L875) geplant und soll die L875 mit der neuen Bundesstraße verbinden. Fällt dieser Verkehrsknoten 3 weg, hätte es gravierende Konsequenzen für das Verkehrsaufkommen in Strom.

Der Stromer Ortsamtsleiter Wilfried Freichs verspricht sich viel von der neuen B212. Die Stromer Landstraße, noch immer im Lkw-Führungsnetz, würde nach seiner Einschätzung erheblich vom Schwerlastverkehr entlastet. Der Weg zum Güterverkehrszentrum würde hauptsächlich über die B212 führen. Wenn aber Delmenhorst nicht – wie ursprünglich geplant – über die Stedinger Landstraße an die B212 angeschlossen wird, verläuft der Verkehr aus dem Süden nach Bremen weiter über die Stromer Landstraße. „Ich halte es für abenteuerlich, wenn der Verkehrsknoten 3 ge-

strichen und Delmenhorst so nicht an die B212 neu angeschlossen würde“, kritisierte der Ortsamtsleiter im Gespräch.

Im Beirat Strom besteht denn auch Einigkeit, den Verkehrsknoten 3 zwischen Stromer Landstraße und Stedinger Landstraße zu retten. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion ist auf der Sitzung am vergangenen Montag einstimmig angenommen worden. Darin wird „mit allem Nachdruck“ die Aufhebung des Verkehrsknotens 3 abgelehnt. Verkehrssenator Lohse wird aufgefordert, „umgehend diesbezügliche Gespräche mit den zuständigen Gremien Niedersachsens zu führen“.

Zur Begründung verweisen die Beiratspolitiker auf den Beschluss des Bundes im Dezember 2012, in dem die Linienführung für die Südvariante der B212 beschlossen wurde. Allerdings habe Niedersachsen im Rahmen der Meldung der Straßenprojekte für die Fortschreibung des Bundes-Ver-

kehrswegeplans 2015 auf den Anschluss der B212 neu an die Landesstraße L875 – sie verläuft zwischen Berne und Delmenhorst – verzichtet.

Nach Ansicht des Beirats hätte der Wegfall des Verkehrsknotens 3 Folgen für die Verkehrsströme. Der Verkehr nordwestlich von Delmenhorst hätte dann nur zwei Möglichkeiten, Bremen oder die Bremen-Nord-Blocklandautobahn unter Nutzung des geplanten Wesertunnels zu erreichen. Zum einen über den Verkehrsknoten 2 nahe Lemwerder, wo die L875 mit der B212 verbunden wird, oder wie bisher durch die Stromer Landstraße bis hin zum Anschluss an die A281. Damit aber würde die Verkehrsbelastung der Einwohner nach Meinung des Beirats festgeschrieben.

Bleibe die Stromer Landstraße Hauptverkehrsstraße, so der Beirat in seinem Beschluss vom Montag, hätte dies auch Auswirkungen auf die angestrebte Entwick-

lung Stroms mit der angepeilten Einwohnerzahl von 1000. Bereits im April hatte der Beirat in einer Stellungnahme zum neuen Landschaftsprogramm für Strom auf Änderungen in der Siedlungsstruktur gedrängt: „Unsere Einwohnerzahl (muss) im Einklang mit der dörflichen Struktur wachsen“. Damit verbunden: Die Stromer Landstraße sollte von einer Hauptverkehrsstraße zu einer verkehrsberuhigten Straße zurückgebaut und aus dem Lkw-Führungsnetz entfernt werden. Eine Forderung, die durch den Wegfall des Verkehrsknotens 3 zwischen Stromer Landstraße und Stedinger Landstraße nur noch schwer zu realisieren wäre.

Auch darüber wird zu reden sein, wenn am 28. Oktober im Rahmen einer öffentlichen Beiratssitzung eine Planungskonferenz auf dem Programm steht. Staatsrat Wolfgang Golasowski hat sein Kommen zugesagt.